

Vorlage für die Sitzung des Senats am 09.06.2020

„Betroffenheit der Auszubildenden im „Konzern Bremen“ durch die Covid-19-Pandemie“

Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

A. Problem

Die Fraktion der SPD hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Welchen Einfluss hat die Covid-19-Pandemie auf die derzeitige Ausbildung im „Konzern Bremen“ (öffentlicher Dienst, Eigenbetriebe und Beteiligungen des Landes Bremen)?
2. Inwieweit geht der Senat davon aus, dass Auszubildende im öffentlichen Dienst, in Eigenbetrieben und Beteiligungen ihre Ausbildung im dritten Lehrjahr beenden können und in welchen Bereichen wird dies voraussichtlich nicht möglich sein?
3. Ergeben sich durch die Covid-19-Pandemie Änderungen hinsichtlich der diesjährigen Einstellung neuer Auszubildender in diesen Beschäftigungsbereichen und wenn ja, welche?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Antworten berücksichtigen die aktuelle Situation in allen relevanten Ausbildungsbereichen des öffentlichen Dienstes des Landes und der Stadtgemeinde Bremen sowie der Stadtgemeinde Bremerhaven sowie die Eigenbetriebe und Beteiligungen des Landes und der beiden Stadtgemeinden.

Zu Frage 1:

Im Ergebnis der Umfrage bei allen Ausbildungsbereichen des öffentlichen Dienstes, der Eigenbetriebe und der Beteiligungen des Landes Bremen und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ist festzustellen, dass die Covid-19-Pandemie alle Ausbildungsgänge beeinträchtigt hat. Durch die Einstellung des Lehrbetriebes an den

Hochschulen und an den beruflichen Schulen war die Durchführung von Präsenzveranstaltungen vorübergehend nicht möglich. Durch die erfolgten Schließungen in einigen Bereichen der praktischen Ausbildung war dort eine Fortsetzung der Ausbildung nicht möglich.

Unter den Auszubildenden befanden sich Personen, die zu einer Risikogruppe gehören oder aber ihre minderjährigen Kinder betreuen.

Trotz dieser Beeinträchtigungen hat sich herausgestellt, dass Wege und Lösungen gefunden wurden, um eine Fortsetzung der Ausbildung unter diesen besonderen Bedingungen zu ermöglichen. Insbesondere die Hochschulen haben relativ schnell mit digitalen Online-Angeboten reagiert, um die Lehrveranstaltungen durchzuführen. Auch in einigen beruflichen Schulen konnten durch das Angebot von Online-Lernplattformen Ausbildungsinhalte auf digitalem Wege vermittelt werden. Die Auszubildenden und Anwärterinnen und Anwärter haben das notwendige Wissen teilweise auch in Form von Telefon- oder Video-Konferenz vermittelt bekommen.

Auszubildende und Anwärterinnen und Anwärter, die auf Grund von Schließungen ihre praktische Ausbildung in einem Bereich nicht fortsetzen konnten, wurden in der Regel in Bereiche umgesetzt, in denen durch die Corona-Krise ein verstärktes Arbeitsaufkommen entstanden ist. Voraussetzung dafür war, dass eine Kompatibilität der übertragenen Aufgaben mit den Ausbildungsinhalten gewährleistet war.

So sind unter anderem viele der im Bereich der Allgemeinen Dienste befindlichen Auszubildenden bzw. Anwärterinnen und Anwärter bei der Bremer Aufbaubank, beim Gesundheitsamt oder beim Bürgertelefon eingesetzt worden. Nur vereinzelt war eine vorübergehende Freistellung von der Ausbildung erforderlich. Die fachpraktische Ausbildung in der Fachrichtung Polizei kann insbesondere in den Bereichen Sport und einsatzbezogene Selbstverteidigung durch die Covid-19-Pandemie derzeit nur eingeschränkt erfolgen.

Bei der BSAG wurde die Fahrschulausbildung ausgesetzt, so dass die Auszubildenden im Ausbildungsberuf „Fachkraft im Fahrbetrieb“ die erforderlichen Fahrpatente nach dem Ende der regulären Ausbildung werden nachholen müssen.

Freistellungen wurden Auszubildenden gewährt, die zu einer Risikogruppe gehören. Auszubildende und Anwärterinnen und Anwärter konnten durch die Gewährung von Sonderurlaub die Betreuung eigener minderjähriger Kinder übernehmen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Covid-19-Pandemie eine Beschleunigung der Einführung von E-Learning-Methoden zur Folge hatte.

Zu Frage 2:

Der Senat geht davon aus, dass trotz der durch Covid-19 notwendig gewordenen Verschiebungen der Prüfungstermine dennoch alle Auszubildenden und Anwärterinnen und Anwärter in diesem Jahr ihre Ausbildung ordnungsgemäß beenden werden.

Zu Frage 3:

Die Einstellungen von Auszubildenden in diesem Jahr sind in der Regel durch die Covid-19-Pandemie nicht betroffen. Es haben sich in einigen Bereichen jedoch Verzögerungen im Hinblick auf die Durchführung von Ausbildungsmessen oder von Auswahlverfahren ergeben. So wird bspw. bei der Feuerwehr Bremen die Einstellung der Anwärterinnen und Anwärter drei Monate später, als ursprünglich geplant, erfolgen.

Eine Absenkung der beschlossenen Einstellungszahlen erfolgt auf Grund der Covid-19-Pandemie nicht.

C. Alternativen

Keine Alternativen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung der Anfrage sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden. Von der Pandemie sind Auszubildende aller Geschlechter gleichermaßen betroffen. Die Antworten beziehen sich ebenfalls auf Auszubildende aller Geschlechter.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, mit der Senatorin für Justiz und Verfassung, mit dem Senator für Inneres, mit dem Senator für Kultur, mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport, mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen, mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, mit der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Finanzen vom 28.05.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zu.